



Interessenverband  
kommunaler  
Krankenhäuser e.V.

Dr. Hansjörg Hermes

Dr. med. Christoph Rüschemeyer

# **Stellungnahme zu den Anträgen der Bundestagsfraktionen der FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke**

## **Zum Antrag der Fraktion der FDP:**

Forderung:

1. Streichung der 0,5%-Abschlags zur Sanierung der gesetzlichen Krankenversicherungen ab 1.1.2008
2. für 2008 Öffnung der Budget-Deckelung, um einen Ausgleich für höhere Löhne und Gehälter zu ermöglichen, soweit es die Vertragspartner für erforderlich halten.
3. Aufhebung der Budgettierung ab 2009

4. Stufenweiser Übergang zu einer monistischen Finanzierung um Unwirtschaftlichkeiten durch unterbleibende Investitionen zu beseitigen

Kommentar:

Zu 1.: Uneingeschränkte Zustimmung

Zu 2.: Eine klare Regelung zu einer Verpflichtung zur Übernahme der Mehrkosten wäre besser.

Zu 3.: Ab dem Jahr 2009 ergeben sich die Krankenhaus Budgets im wesentlichen aus dem Produkt: Fallzahl \* Casemix-Index \* Landesweiter Basisfallwert.

Zu fordern wäre daher:

1. Transparente, nachvollziehbare Ermittlung des landesweiten Basisfallwertes
2. Kopplung der Anpassung der Basisfallwerte an die allgemeine Preisentwicklung oder an die Kostenentwicklung in den Krankenhäusern
3. Verbindliche Vorgaben für die zulässige Streuung der Kosten innerhalb einer DRG in der Kalkulation des InEK
4. Verbindliche Kontrollen der Qualität der Kodierung und der Kostenermittlung in Krankenhäusern mit Beteiligung an der Kalkulation des InEK.

Zu 4.: Hier fehlt eine Präzisierung, wie eine monistische Finanzierung aussehen soll. Soll die Planungskompetenz der Länder aufgegeben werden oder an die Krankenkassen übergehen? Soll ein Investitionsanteil individuell in die DRG eingerechnet werden oder ein Pauschalzuschlag erhoben werden? Sollen die Krankenkassen eine Einzelförderung übernehmen? Wenn ja, wer entscheidet über die Förderung?

#### **Zum Antrag der Fraktion Die Linke:**

Forderung:

1. Rücknahme des 0,5%-Abschlags zur Sanierung der gesetzlichen Krankenversicherungen
2. für 2008: Ausnahme der Tarifsteigerungen von der Budget-Deckelung und Verpflichtung der Kostenträger, sie in vollem Umfang gegenzufinanzieren.
3. Anbindung der Budgetsteigerungen an die Entwicklung der Grundlohnsumme
4. Gemeinsame Regelung mit den Bundesländern zur Behebung des Investitionsstaus.

Kommentar:

Zu 1.: Uneingeschränkte Zustimmung

Zu 2.: Uneingeschränkte Zustimmung

Zu 3.: Eine Anbindung der Budgetsteigerungen an die Entwicklung der Grundlohnsumme reicht nicht aus. Krankenhäuser sind von der allgemeinen Preisentwicklung und Tarifsteigerungen genau so betroffen, wie alle anderen Unternehmen. Die Rationalisierungsmöglichkeiten sind bei extrem hohem Personalkostenanteil aber deutlich eingeschränkt.

Zu 4.: Diese Forderung muss präzisiert werden.

### **Zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Forderung:

1. Umstellung der Einzelförderung von Investitionen auf eine leistungsbezogene Pauschalförderung
2. Hälftige Beteiligung der Krankenkassen an der Investitionsfinanzierung.
3. Gleichberechtigte Beteiligung der Krankenkassen an der Krankenhausplanung

Kommentar:

Zu 1.: Das Problem liegt weniger in der Art der Förderung, als in der fehlenden Förderung

Zu 2.: Auch eine hälftige Beteiligung der Krankenkassen stellt keine ausreichenden Fördermittel sicher.

Zu 3.: Eine gleichberechtigte Beteiligung der Krankenkassen an der Krankenhausplanung würde zu Patt-Situationen führen. Die bisherige Beteiligung reicht aus.

Im übrigen würde dies Planungsstäbe in jeder Krankenkasse erfordern - ansonsten würden sie sich de facto nicht an der Planung beteiligen können.